



Protest gegen Gentechnik im mecklenburg-vorpommerschen Bütow 2010: „Bio ist cool, Gen ist scheiße“

INNOVATIONEN

Der nächste Ausstieg

Die Bundesregierung sieht in Gentechnik-Pflanzen weitere Zukunftsprodukte. Doch die Anbauflächen schrumpfen, Bundesländer lehnen die grüne Gentechnik ab. Firmen und Forscher flüchten.

Vorsichtig zieht Hans-Jörg Jacobsen seinen Schatz aus dem Regal. Der unscheinbare Karton enthält die Früchte langjähriger Arbeit: Erbsen mit besonderen Eigenschaften. Würde man sie einpflanzen, könnten einige von ihnen einem Pilz widerstehen, der herkömmlichen Erbsen den Garaus macht. Andere sind viel resistenter gegen Fraßinsekten als ihre unmanipulierten Verwandten.

Jacobsen, Professor am Institut für Pflanzengenetik der Universität Hannover, hat die neuartigen Hülsenfrüchte mit Hilfe der Gentechnik entwickelt – erst im Labor, dann im Gewächshaus. Der nächste Schritt wäre der Test unter realen Bedingungen, draußen auf den Feldern des Instituts.

Doch der 62-jährige Forscher muss die Erbsen im Karton lassen. Ausgesät werden sie in Deutschland wohl nie. Zu streng fallen die staatlichen Auflagen aus, zu groß ist das Risiko, dass radikale Gentechnikgegner die teuren Versuchsflächen zerstören. „Freilandversuche sind hier einfach nicht mehr machbar“, sagt der Wissenschaftler.

Wer in Deutschland gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen will, muss mit jeder Menge Widerstand rechnen, nicht

nur in Hannover. Eine große Mehrheit der Deutschen steht der Technik reserviert gegenüber. Kein Landwirt sät noch Getreidesorten oder Feldfrüchte aus, deren Erbgut gentechnisch verändert ist, Pflanzenzüchter verlagern ihre Forschung ins Ausland. Umweltverbände setzen darauf, dass Deutschland nach der Atomkraft bald auch aus der grünen Gentechnik aussteigt.

Im Jahr 2008 bauten deutsche Landwirte noch auf 3168 Hektar gentechnisch veränderte Pflanzen an. Auch das war nicht viel bei 12 Millionen Hektar Ackerfläche. Inzwischen sind es aber nur noch zwei Hektar, und die wachsen in einem Schaugarten im Auftrag der Industrie. Auch die Forschungsfläche nimmt ab – von 36 Hektar im Jahr 2008 auf heute nur noch 7,3 Hektar. Das Gesamtareal für Gentechnik-Pflanzen in Deutschland ist nur noch halb so groß wie die Binnenalster in Hamburg. Unter den 29 Nationen, die kommerziell genveränderte Pflanzen anbauen, belegte Deutschland 2010 den letzten Platz.

Dabei hat die schwarz-gelbe Bundesregierung bei ihrem Start die grüne Gentechnik als „wichtige Zukunftsbranche für Forschung, Wirtschaft und Landwirtschaft“ gepriesen. Genveränderte

Pflanzen hätten ein „großes Potential“, sagt Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) unverdrossen. Ihre „Nationale Forschungsstrategie BioÖkonomie 2030“, in die 1,4 Milliarden Euro fließen, weist der Pflanzenbiotechnologie eine zentrale Rolle für Welternährung und Bioenergie zu – in der Praxis aber sieht es anders aus.

Schon Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hatte versucht, den Deutschen die Gentechnik-Pflanzen näherzubringen. Trotz des Widerstands der Grünen machte Schröder ihren kommerziellen Anbau möglich. Die damalige Oppositionsführerin Angela Merkel versprach, die Entwicklung weiter zu forcieren.

Doch als Kanzlerin hat sie ihr Versprechen nicht eingelöst, im Gegenteil. Umweltverbände und Initiativen, die seit Jahren gegen die Technologie kämpfen, sehen sich auf der Gewinnerspur. „In Deutschland befinden wir uns auf einem guten Weg“, sagt Dirk Zimmermann, Gentechnikexperte der Umweltorganisation Greenpeace, die grüne Gentechnik rundweg ablehnt. „Wir sind zwar noch nicht arbeitslos, aber wir haben in Deutschland schon sehr viel erreicht“, sagt Jutta Sundermann von „Gendreck weg“, einer Initiative, die mit sogenannten Feldbefreiungen Pflanzen auf vielen Anbauflächen zerstört hat.

Die Umweltschützer argumentieren, dass gentechnisch veränderte Pflanzen ökologische Risiken bergen und Bauern vom Saatgut multinationaler Konzerne abhängig machen. Zudem könnten über den Pollenflug herkömmliche Pflanzen „kontaminiert“ werden. Während Länder wie die USA, Indien und Brasilien auf



STEFAN THOMAS KROEGER / DER SPIEGEL

Genforscher Jacobsen: „Freilandversuche sind hier einfach nicht mehr machbar“

insgesamt 148 Millionen Hektar erbgut-manipulierte Pflanzen setzen, boomt in Deutschland der Verkauf von Biolebensmitteln, die mit dem Slogan „Ohne Gentechnik“ beworben werden.

Jede Fläche, auf der in Deutschland unter freiem Himmel genveränderte Pflanzen wachsen, muss im sogenannten Standortregister fein säuberlich aufgelistet werden. Radikale Gentechnikgegner nutzen es als Navigationssystem. Erst Anfang Juli haben sie in Groß Lüsewitz bei Rostock und in Üplingen (Sachsen-Anhalt) Wachleute in die Flucht geschlagen und Versuchsfelder zerstört. Schaden: mehrere hunderttausend Euro. Das Bundesforschungsministerium hatte die Projekte gefördert, um neue Verfahren für die Sicherheitsbewertung zu entwickeln.

„Das ist doch schizophren“, sagt Genetikprofessor Jacobsen. Gerade die Gegner würden anprangern, wie wenig man über die Technologie wisse. „Gleichzeitig verhindern sie aber, dass geforscht wird.“

Doch das Register lässt sich nicht wieder abschaffen, denn die Bundesregierung hat gelobt, dass es bei der Gentechnik „transparent“ zugehen muss.

Noch gravierender als Sabotage ist für Forscher und Gentechnikfirmen der legale Widerstand gegen ihre Arbeit. Selbst die einst fortschrittsbegeisterte CSU geht nun hart gegen die grüne Gentechnik vor. Zu seiner Zeit als Bundeslandwirtschaftsminister war der heutige Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Horst Seehofer bei Gentechnikgegnern noch als „Genhofer“ verschrien. Um umweltbewusste Wähler von den Grünen abzuwerben, verwandelt Seehofer nun ganz Bayern in eine gentechnikfreie Zone. Der Protest der Technischen Universität München, die am Agrarforschungszentrum Weihenstephan Versuche abbrechen musste, änderte daran nichts.

Zum neuen Brennpunkt des Konflikts entwickelt sich Rheinland-Pfalz, wo die BASF mit ihrer Tochterfirma Plant Science sitzt. Seit Mitte Mai regieren die Grünen in Mainz mit, das Nein zur grünen Gentechnik ist im Koalitionsvertrag verankert. „Diese Technologie ist einfach nicht im Griff zu halten“, sagt Umweltministerin Ulrike Höfken, 56. Höfken redet zwar von Dialog mit der BASF, setzt aber darauf, dass das Thema bald vom Tisch ist. „Asbest und Holzschutzmittel haben am Ende auch verloren“, sagt sie.

In Baden-Württemberg hat die grün-rote Regierung den Kampf gegen diese Technik ebenfalls zum Koalitionsprojekt erhoben. Die Landtage in Thüringen, Bremen und Nordrhein-Westfalen haben mehrheitlich gegen Gentechnik-Anbau auf Landesflächen votiert. Auf Bundesebene

tut sich Forschungsministerin Schavan schwer gegen Agrarministerin Ilse Aigner (CSU), die weitgehend im Sinne Seehofers agiert. Aigner unterband den Anbau der Genmaissorte MON810 des US-amerikanischen Monsanto-Konzerns mit dem Argument, von den schädlingsresistenten Pflanzen gehe eine „Gefahr für den Verbraucher“ aus. Als Nächstes will sie es den Bundesländern ermöglichen, Abstände zwischen Feldern mit gentechnischen und konventionellen Pflanzen selbst festzuschreiben. Das kommt einem Vetorecht gegen Gentechnik gleich: Große Mindestabstände machen es Bauern praktisch unmöglich, genverändertes Saatgut auszubringen.

Die einzige Gentechnik-Pflanze, die momentan kommerziell auf einem deutschen Feld angebaut wird, ist die Amflora-Kartoffel von BASF. Sie soll Stärke für die Papierherstellung liefern. Doch im Konzern wird längst diskutiert, ob Gentechnik am Standort Deutschland überhaupt noch eine Zukunft hat. Auf Versuchsfeldern in Schweden leistete sich das Unternehmen im vergangenen Jahr eine peinliche Schlappe, Saatkartoffeln wurden vertauscht, so kamen nicht zugelassene Pflanzen auf den Acker. Das hat die Zukunftsaussichten der Amflora-Kartoffel, in die BASF Hunderte Millionen Euro investiert hat, weiter verschlechtert. Der Bayer-Konzern ist mit seiner biotechnologischen Pflanzenforschung bereits nach Belgien abgewandert.

Dabei hatte die grüne Gentechnik ihren Ursprung auch in Deutschland. Anfang der achtziger Jahre wurde in den Treibhäusern des Max-Planck-Instituts für Pflanzenzüchtungsforschung in Köln eine der ersten gentechnisch veränderten Pflanzen der Welt entwickelt.

Ein Vertreter dieser ersten Stunde ist Lothar Willmitzer, 59. Er ist heute geschäftsführender Direktor am Max-Planck-Institut für molekulare Pflanzenphysiologie in Potsdam-Golm. Auch in Potsdam wurden Felder zerstört, seit 2007 gibt es keine Freilandversuche mehr. Willmitzer bedauert, dass es für die grüne Gentechnik in Deutschland so düster aussieht. Zwar sei sie nicht die einzige Lösung, um das Welternährungsproblem der Zukunft zu lösen: Aber sie könne einen „ganz wichtigen Beitrag“ liefern.

In Südostasien soll in zwei Jahren der „Golden Rice“ auf den Markt kommen. Das Saatgut dieser speziellen Reissorte weist einen erhöhten Betacarotin-Wert auf. Das seit Jahren gepflegte Heilsversprechen, der Reis werde Tausende mangelerährte Kinder vor Erblinden und Tod retten, geht damit in die Praxis auf. Willmitzer hofft, dass es „dann schwieriger für Kritiker wird, die Technologie schlechtzureden“.

In Deutschland führen Befürworter neuerdings den Klimawandel, der Pflan-



EVA GANS / DPA

Ministerinnen Schavan, Aigner
Ringeln um Zukunftstechnologien

zen erheblich unter Stress setzen könnte, als Argument für Gentechnik an. „Viele der heimischen Agrarpflanzen sind nicht an den Klimawandel angepasst“, sagt Genetiker Jacobsen. Sein Projekt, zum Beispiel Ackerbohnen toleranter gegen Trockenheit zu machen, sieht er als Beitrag dazu an, die Welternährung trotz steigender Temperaturen sicherzustellen.

Auch auf den Ausbau der erneuerbaren Energien setzen Gentechnikbefürworter. „Die Gentechnik ermöglicht es uns, neue Pflanzen als Bioenergiequelle und für die Gewinnung von Chemikalien einzusetzen“, sagt Ricardo Gent, Geschäftsführer der Deutschen Industrievereinigung Biotechnologie. Schnell wachsende Pflanzen, deren Energie sich in Bioraffinerien leicht nutzen lasse, bezeichnet Gent als große Chance. Darauf zielt auch Schavans „Bio-Ökonomie“-Initiative.

Doch bisher haben es weder die Forschungsministerin noch Wissenschaftler und Firmenchefs geschafft, die Bevölkerung von der grünen Gentechnik zu überzeugen. Der US-Konzern Monsanto gilt als Symbol für industrialisierte, umweltfeindliche Landwirtschaft. Forscher, die sich mit Gentechnik befassen, stehen unter dem Generalverdacht, Konzernen wie Monsanto zuzuarbeiten.

Wer in der Branche arbeitet, ist es gewohnt, verteuelt zu werden. Nur die Kernenergie hat einen noch schlechteren Ruf. „Man muss sich immer verteidigen“, sagt Stefanie Wrobel, 27, die in Hannover Pflanzenbiotechnologie studiert. Sie sieht große Vorzüge der grünen Gentechnik: „Früher mussten Pflanzen aufwendig gezüchtet werden, heute suchen wir uns das gewünschte Gen einfach aus“, sagt Wrobel. Die Studentin wünscht sich eine differenzierte Diskussion, sieht sich aber hauptsächlich mit Stereotypen konfrontiert: „Bio ist gerade cool, Gen ist scheiße.“

Allerdings landet auf den Tellern der Bundesbürger vieles, was Gentechnikprodukte enthält. Ein Großteil der Sojaimporte für Tierfutter sind gentechnisch verändert. Nahezu jeder Käse ist mit einem gentechnischen Enzym in Kontakt gekommen. Bei Softdrinks setzen Hersteller auf Zucker aus gentechnischen Verfahren. Gentechnikbefürworter fordern eine umfassende Kennzeichnung. Sie setzen darauf, dass der Widerstand abebbt, wenn die meisten Supermarktprodukte und sogar Käse vom Biohof mit dem Label „Gentechnik“ versehen wären.

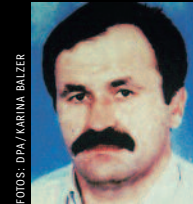
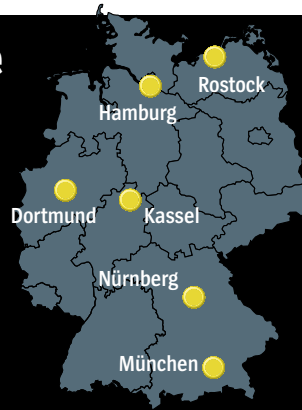
Für Studentin Wrobel würde selbst das zu spät kommen. Gerade haben sie und ihre Kommilitonen sich auf Stellen für die Zeit nach dem Studium beworben – überwiegend im Ausland. Und auch Gentechniker Jacobsen zieht es weg. Wenn er in drei Jahren 65 ist, will er seine Forscherkarriere in Nordamerika fortsetzen, um seine Erbsen dort wachsen zu sehen.

CHRISTIAN SCHWÄGERL, CHRISTIAN WERMKE

Blutige Serie

Tatorte und Opfer der sogenannten Döner-Morde

DER SPIEGEL



NÜRNBERG
9. September 2000
Enver S., 38
Blumenhändler



NÜRNBERG
13. Juni 2001
Abdurrahim Ö., 49
Änderungsschneider

VERBRECHEN

Versteck in der Schweiz

Seit elf Jahren halten die sogenannten Döner-Morde die Polizei in Atem. Nun könnte die Serie womöglich aufgeklärt werden, doch die Staatsanwaltschaft verprellt ihren Informanten.

Am 5. Juli brachen die Verhandlungen wieder ab. Der Informant warf hin. Endgültig. Kein Wort mehr, aus, vorbei. Dieses Mal wollte er den Kontakt mit der Polizei beenden, ohne Kompromisse.

Der Mann ist Ende zwanzig, er nennt sich Mehmet, bietet spannende Informationen an. Angeblich kann er die Tatwaffe zu der wohl unheimlichsten Mordserie in Deutschland liefern. Er hatte angeboten, in die Schweiz zu fahren, um das Versteck auszuheben. Und er wollte die deutschen Ermittler zu einer romantischen Villa nahe des Bodensees führen, hinter deren Mauern sich angeblich der Schlüssel zur Lösung von neun Tötungsdelikten verbergen soll, den sogenannten Döner-Morden.

Erstmals seit Beginn der Mordserie vor elf Jahren bestand also die Chance, die Taten aufzuklären. Der Informant nannte auch einen Preis: 40 000 Euro und die Umwandlung einer Haftstrafe wegen Fahrens ohne Führerschein in eine Bewährungsstrafe. Doch die Staatsanwaltschaft Nürnberg stellt sich quer.

Neun Kleinhändler, acht Türken und ein Grieche, waren von 2000 bis 2006 in ihren Läden am helllichten Tag durch Schüsse ins Gesicht ermordet worden. Alle mit derselben tschechischen Pistole: einer Ceska, Typ 83, Kaliber 7,65 Millimeter, mit Schalldämpfer.

Seither jagen Dutzende Polizisten und Staatsanwälte Täter und Waffe, Verfassungsschützer versuchen, die mafiöse Organisation türkischer Nationalisten in Deutschland zu durchdringen, die für das Blutvergießen verantwortlich sein soll. Die Morde, so viel wissen die Ermittler, sind die Rechnung für Schulden aus kri-

minellen Geschäften oder die Rache an Abtrünnigen.

2006, nach dem Mord an Halit Y., dem 21-jährigen Betreiber eines Internetcafés in Kassel, waren die Ermittler den Tätern sehr nahe gekommen. Es gab sogar Namen, aber dazu fehlten Beweise. Es gab Festnahmen, doch die Verdächtigen musste man wieder laufen lassen, und sie verschwanden Stunden später aus Deutschland, Richtung Schweiz und Türkei. Die Mordserie stoppte, doch von der Ceska fehlt bis heute jede Spur.

Bei ihren Ermittlungen stieß die Nürnberger Soko „Bosporus“ auf Mehmet, einen Mann aus dem einschlägigen Milieu. Mehmet lebt seit langem in Deutschland, er sei, so schilderte er den Beamten, für die Organisation in die Bundesrepublik geschleust worden, um vor Ort heikle Aufträge zu erledigen. Man fasste Vertrauen zueinander, der Informant galt als gute Quelle. Intern lobte die Soko-Leitung, Mehments Aussagen „passen ins Schema“.

Mehmet versprach schließlich, die Ceska zusammen mit der Schweizer Polizei aus dem Versteck hinter der Landesgrenze zu holen. Dort, so seine Schilderung, sei die Waffe in einem Tresor verwahrt. Bis zur nächsten Tat. Und die, behauptete er, sei in Planung.

In einen der neun Morde war Mehmet selbst verstrickt. Trotzdem sicherten ihm Soko und Staatsanwaltschaft Straffreiheit zu, außerdem die Übernahme seiner Anwaltskosten und 40 000 Euro. Zahlbar bei Übergabe der Ceska. Ein gutes Angebot für den Mann, der pleite war und aus der Organisation aussteigen wollte.

Doch an jenem 5. Juli stellte Mehmet eine weitere Bedingung: eine Umwand-